

Aktuelle und künftige Entwicklungen in der Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien

Danielzyk, Rainer; Zettwitz, Heike

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Danielzyk, R., & Zettwitz, H. (2001). Aktuelle und künftige Entwicklungen in der Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien. *Europa Regional*, 9.2001(3), 152-160. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48976-0>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Aktuelle und künftige Entwicklungen in der Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien

RAINER DANIELZYK UND HEIKE ZETTWITZ

Einleitung

Die ostsächsische Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien ist bislang kaum Gegenstand umfassender regionalwissenschaftlicher Analysen mit Planungs- und Politikbezug gewesen. Es liegt zwar eine Vielzahl von Einzelstudien vor, die Teilaspekte (z. B. das Siedlungssystem, soziale Netzwerke, grenzüberschreitende Beziehungen usw.) oder Teilräume (insbesondere die Oberlausitz) betrachten.¹ Zwei jüngst durchgeführte Untersuchungen des Regionalen Planungsverbandes Oberlausitz-Niederschlesien bieten aber erstmals die Gelegenheit, aktuelle Entwicklungstendenzen in umfassender Weise für die Gesamtregion aufzuzeigen, teilträumliche Differenzierungen im regionalen Kontext zu benennen sowie Chancen und Probleme der Raumentwicklung aus regionalplanerischer und regionalpolitischer Sicht zu diskutieren.²

In diesem Beitrag sollen, nach einer knappen Darstellung der gegenwärtigen Rahmenbedingungen der Regionalentwicklung und Regionalpolitik in Ostdeutschland, wichtige Ergebnisse dieser regionalanalytischen Studien zusammengefasst werden. In einem nächsten Schritt wird auf die immer deutlicher werdenden teilträumlichen Differenzierungen eingegangen, um abschließend einige Hinweise für die künftige Regionalplanung und Regionalpolitik zu formulieren.

Rahmenbedingungen

Aspekte der Regionalentwicklung in Ostdeutschland

Ohne hier auf die inzwischen sehr umfangreiche Transformationsforschung näher eingehen zu können (vgl. z. B. die Beiträge in „Europa Regional“ Heft 3/4-2000 sowie BRENKE 2001), seien einige Faktoren hervorgehoben, die für die aktuellen Entwicklungsprobleme in Ostdeutschland (mit-)verantwortlich sind:

- **Problematische Sektoralstrukturen:** Nach wie vor weisen Landwirtschaft und öffentliche Dienste überdurchschnittliche Beschäftigungsanteile auf.

Im vielfach unterdurchschnittlich ausgeprägten Dienstleistungsbereich dominieren eher einfache Tätigkeiten, wohingegen gerade die (anspruchsvolleren) produktionsorientierten Dienstleistungen nur sehr schwach vertreten sind.

- **Ungünstige Funktionalstrukturen:** Es herrschen operative Tätigkeiten (Zweigwerke, „verlängerte Werkbänke“) vor, wohingegen dispositive Funktionen (Hauptverwaltungen, Forschung und Entwicklung usw.) wenig bzw. nicht mehr vorhanden sind (was u. a. ungünstige Auswirkungen auf das durchschnittliche Einkommensniveau hat!).
- **„Mittelstandslücke“:** Der sog. Mittelstand, v. a. aber auch Existenzgründungen, sind noch unterdurchschnittlich und regional differenziert ausgeprägt. Wenn sie stattfinden, gelten sie vorwiegend einfachen Dienstleistungen.
- **„Kulturelle Hemmnisse“:** Mentalitäten und Handlungsweisen vieler Arbeitnehmer, aber auch öffentlicher Akteure sind durch eine staatlich gelenkte Wirtschaft, in der Großbetriebe dominierten, geprägt worden. Durch den radikalen Strukturbruch sind neue Einstellungen und Handlungsweisen erforderlich geworden, die selbst wiederum Entwicklungszeit benötigen.

Hierbei darf allerdings nicht übersehen werden, dass es innerhalb Ostdeutschlands große Unterschiede zwischen einzelnen Regionen gibt (so z. B. zwischen vergleichsweise erfolgreichen Räumen um Leipzig und Jena sowie Problemgebieten wie Vorpommern und der Uckermark).

Bedeutungsgewinn der regionalen Ebene

Eine weitere wichtige Rahmenbedingung für regionale Entwicklungsstrategien ist der seit einiger Zeit unverkennbare Bedeutungsgewinn der regionalen Ebene. Hervorzuheben sind:

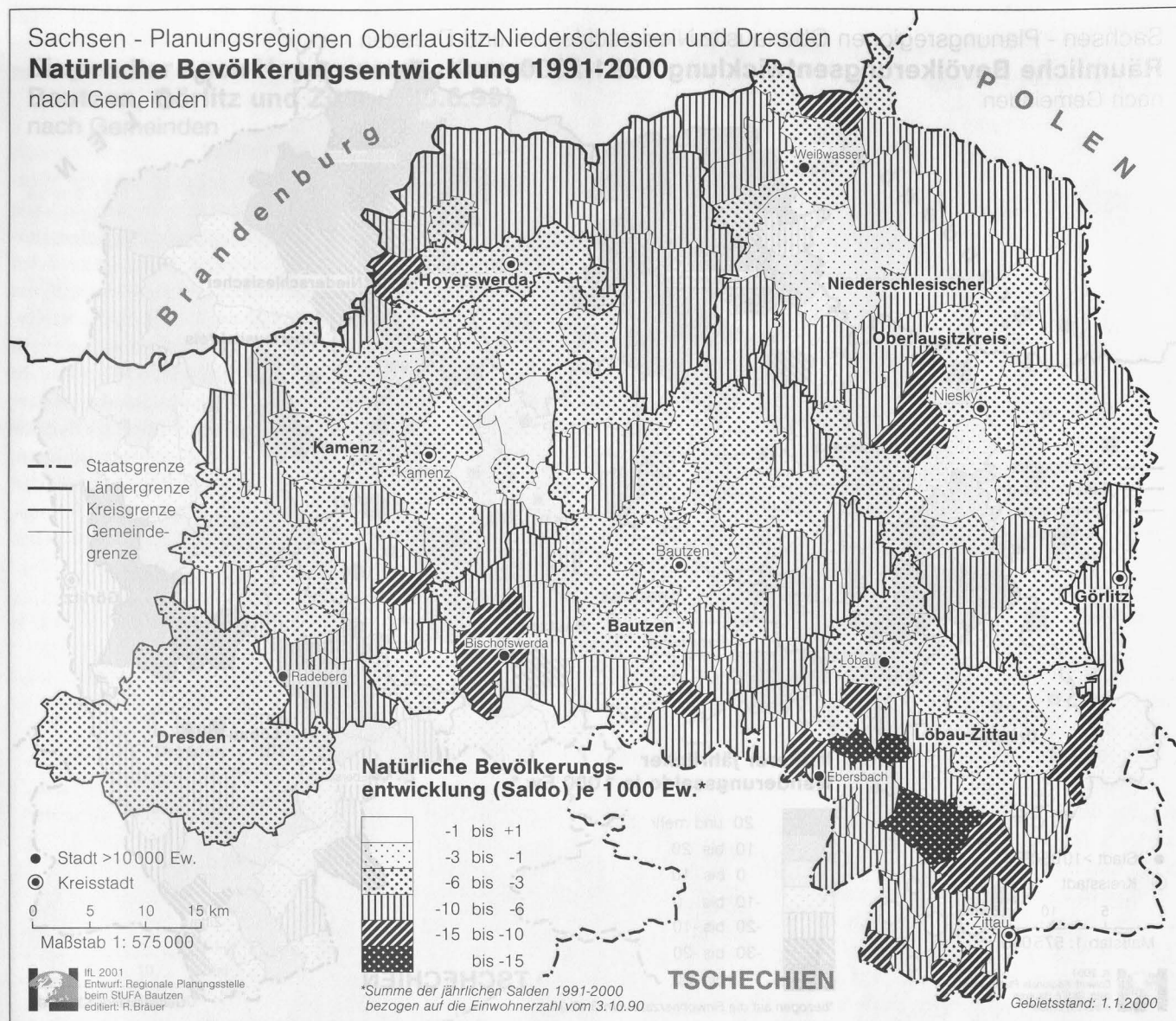
- **„Standorträume im Wettbewerb“:** Günstige Rahmenbedingungen für eine positive wirtschaftliche Entwicklung können heute in aller Regel nicht mehr durch eine einzelne Kommune, sondern nur noch durch regional abgestimmtes Handeln hergestellt werden. Wichtige „weiche“ Faktoren der wirtschaftlichen Entwicklung (Lebensqualität, Qualifizierung der Arbeitskräfte usw.), aber auch „harte“ Infrastrukturen (Verkehr, Ver- und Entsorgung usw.) sind in qualitativ hochwertiger Weise nur noch in regionaler Zusammenarbeit zu gewährleisten. Daher tritt die Konkurrenz einzelner Standortgemeinden zugunsten des „Wettbewerbs von Standorträumen“ in den Hintergrund.
- **Dezentralisierung staatlicher Aufgaben:** Angesichts der steigenden Komplexität der Probleme und sinkender zentralstaatlicher Handlungskapazitäten spricht vieles dafür, dass Planung und Umsetzung besser vor Ort geleistet werden können. In diesem Sinne gibt es eine Dezentralisierung in Handlungsfeldern wie Schienenpersonennahverkehr, Kulturförderung, Arbeitsmarktpolitik usw.
- **Überforderung einzelner Kommunen:** Eine engere interkommunale Zusammenarbeit wird immer notwendiger. Das wird keinesfalls nur durch die problematische Haushaltslage vieler Kommunen verursacht, sondern hat seine Gründe auch in den differenzierten Aufgabenstellungen (z. B. in der Wirtschaftsförderung, der Kulturförderung, der Jugend- und Sozialpolitik usw.), die von einzelnen Kommunen kaum noch angemessen bearbeitet werden können.

¹ Vgl. z. B. BUCHHOLT 1998, GRIMM 1998, GRIMM und WEIGEL 1995, GROSSER und DROHT 1996, KOWALKE 1998, PLISCHKE und WEIGEL 1994, SCHMIDT 1995, WIRTH und BORCHHARDT 1999.

² Vgl. RPV 1999, RPV 2001a. – Die Erarbeitung fundierter „Regionalberichte“ sollte zu den „Kernkompetenzen“ einer modernen Regionalplanung gehören (vgl. PRIEB 1999, S. 304).

Natürliche Bevölkerungsentwicklung 1991-2000

nach Gemeinden



Karte 1: Natürliche Bevölkerungsentwicklung 1991-2000

Quelle: Statist. LA Kamenz

- **Regionalisierung der Lebensweisen:** Die Aktionsräume der Haushalte, d. h. der einzelnen Bürgerinnen und Bürger, werden größer. Das zeigt sich beim Arbeitspendeln, aber auch im Bereich des Einkaufs- und Freizeitverkehrs. Die festgelegten politisch-administrativen Handlungsräume entsprechen immer weniger den Aktionsräumen der Menschen (und – erst recht – der Unternehmen).
- **Nachhaltige Raumentwicklung:** Verkehrsbeziehungen, Flächennutzungsmuster, Stoffströme usw. überschreiten längst den lokalen Rahmen. Wenn sie im Sinne der Leitvorstellung einer „nachhaltigen Raumentwicklung“ (§ 1(2) ROG) neu strukturiert werden sollen, dürfte dies wohl am besten auf regionaler Ebene zu organisieren sein.

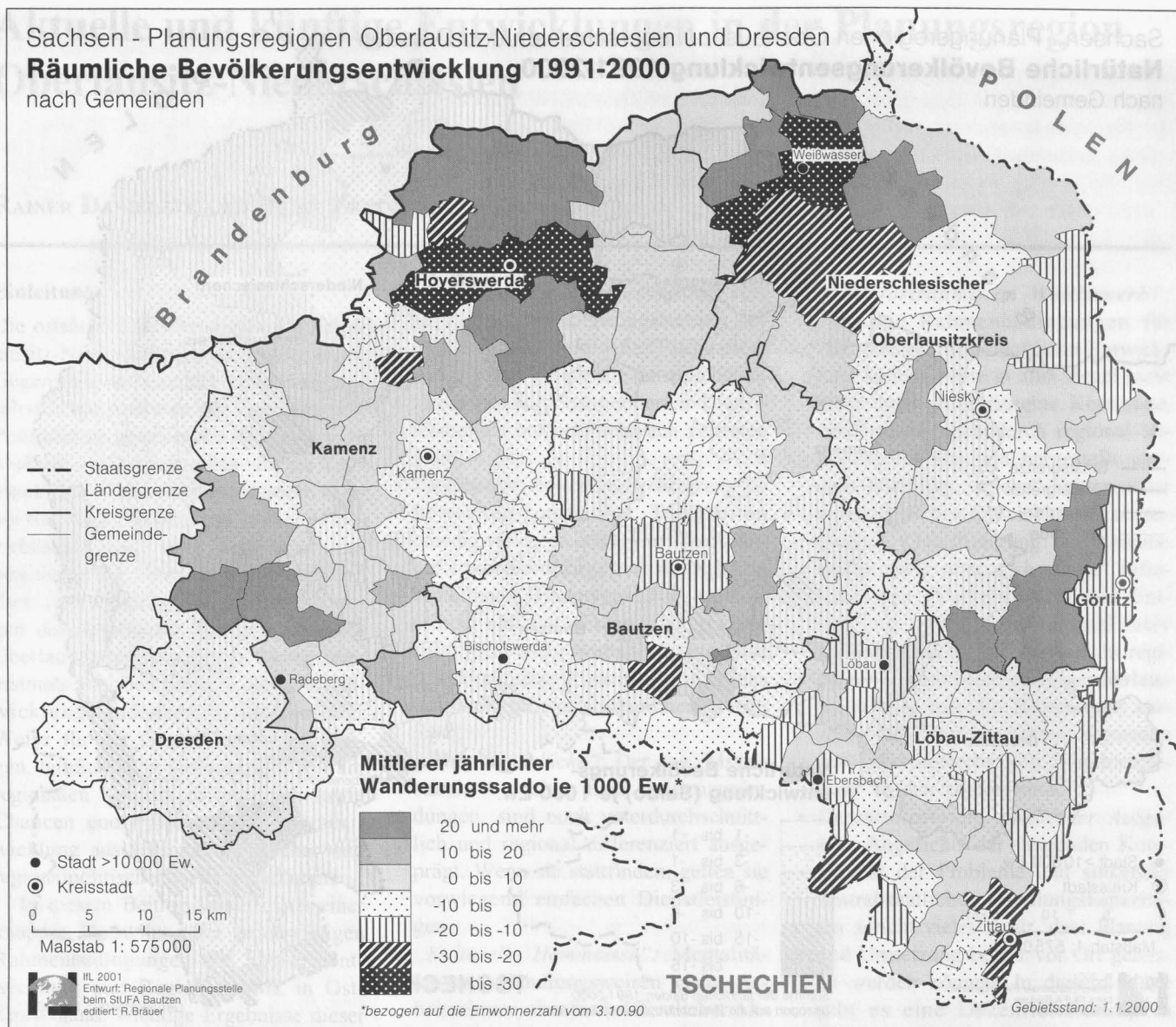
Die dargelegten Tendenzen zeigen eindeutig einen Bedeutungsgewinn der regionalen Ebene und die Notwendigkeit überörtlicher Zusammenarbeit an. Allerdings besteht hier keinesfalls ein Anlass zu einer „Regionalisierungseuphorie“, denn andere, ebenso zurzeit viel diskutierte Tendenzen (Stichworte: „Globalisierung“, „Europäische Integration“) machen deutlich, dass die regionale Ebene immer nur eine „relative Autonomie“ haben kann. Zudem folgert aus dem unverkennbaren Bedeutungsgewinn der regionalen Ebene keinesfalls eindeutig, welche (raumbezogene) Organisationsform am besten geeignet ist, um diese Tendenzen angemessen aufzugreifen. Das zeigt die Fülle von Organisationsformen (z. B. Regionalverbände, Regierungspräsidien, Regionalkonferen-

zen, Regionale Entwicklungsagenturen und -gesellschaften, Städtenetze bzw. -verbünde, Landkreise usw.), die zugleich auf der regionalen Handlungsebene aktiv sind (vgl. dazu ausführlicher DANIELZYK 1999.).

Regionalanalyse

Die Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien liegt im Osten des Freistaates Sachsen. Sie reicht vom Stadtrand der Landeshauptstadt Dresden bis nach Görlitz und von Hoyerswerda im Norden bis nach Zittau im Südosten. Auf ca. 4 500 qkm wohnen ca. 690 000 Einwohner (im Jahr 2000). Besonders hervorzuheben ist, dass die Süd- und Ostgrenze der Planungsregion zugleich (noch) die Außengrenze der EU auf einer Länge von insgesamt 195 km ist.

Sachsen - Planungsregionen Oberlausitz-Niederschlesien und Dresden
Räumliche Bevölkerungsentwicklung 1991-2000
 nach Gemeinden



Karte 2: Räumliche Bevölkerungsentwicklung 1991-2000

Quelle: Statist. LA Kamenz

Anhand einiger weniger Indikatoren sollen wichtige Entwicklungstendenzen für planerisch bzw. politisch besonders relevante Handlungsfelder knapp dargestellt werden: Bevölkerungsentwicklung, Pendlerverflechtungen, Wirtschaftsstruktur und Arbeitsmarkt (vgl. RPV 1999, RPV 2001a, RPV 2001b).

Bevölkerungsentwicklung

Die Region Oberlausitz-Niederschlesien hatte in den 90er Jahren einen deutlichen Rückgang der Bevölkerung zu verzeichnen. Bemerkenswert ist dabei, dass sich die Bevölkerung innerhalb der Region sehr uneinheitlich entwickelt.³ Exemplarisch seien hier die Landkreise Kamenz im Westen und Löbau-Zittau im Osten erwähnt. Während in Löbau-Zittau ein anhaltender Rückgang von ca. 178 000 (1990) auf ca. 155 000 (2000) festzustel-

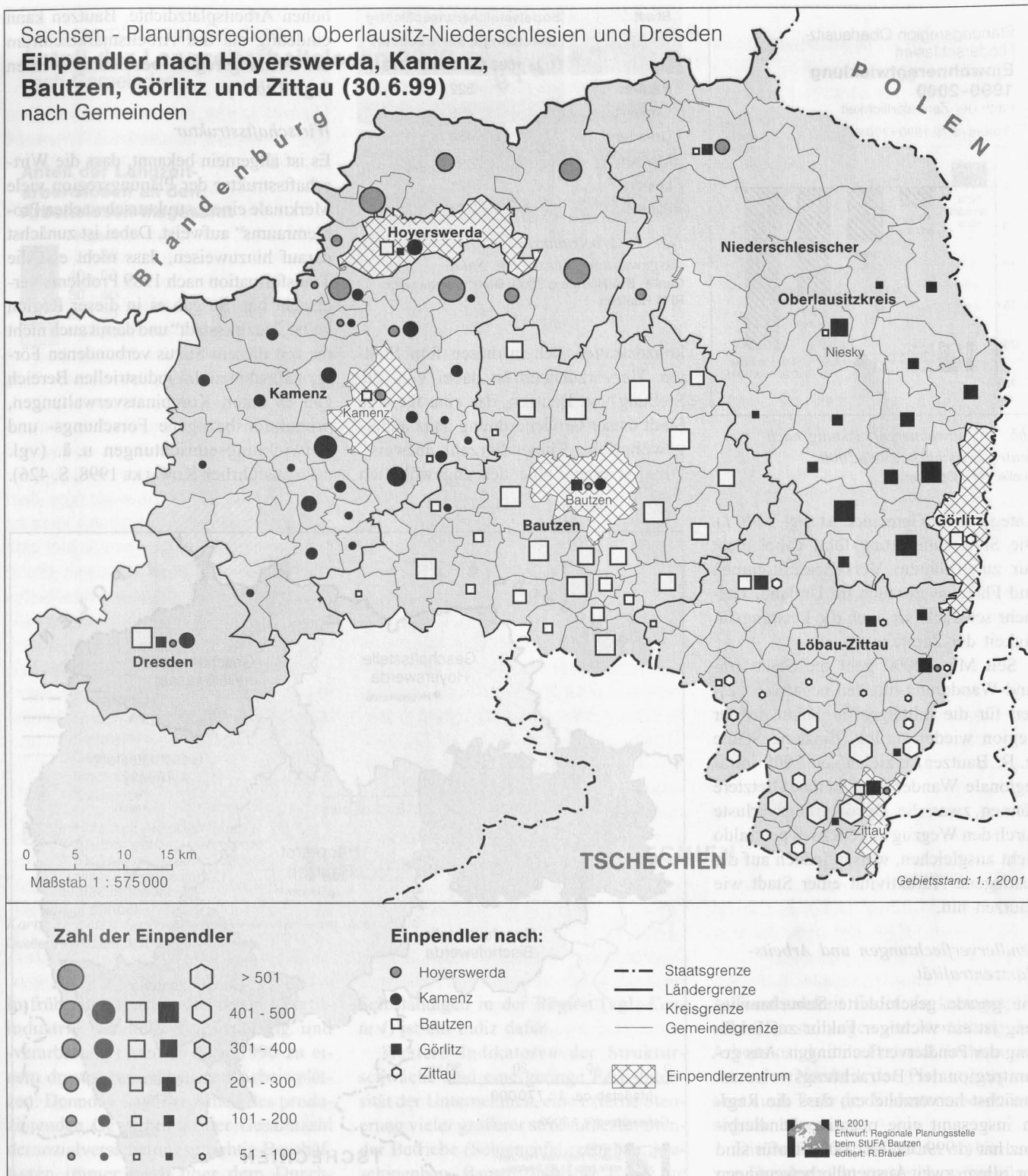
len ist, hat im Westen der Region Mitte der 1990er Jahre eine Trendumkehr stattgefunden, so dass wieder langsam zunehmende Einwohnerzahlen zu verzeichnen sind (LK Kamenz: von ca. 153 000 (1990) auf ca. 156 000 (2000)).

Angesichts des starken Bevölkerungsverlustes der Gesamtregion mag es auf den ersten Blick paradox erscheinen, dass der größte Teil der Gemeinden Einwohnerzuwächse aufweist. Um diesen Sachverhalt zu erklären, müssen die Komponenten der Bevölkerungsdynamik, natürliche Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsbewegungen, näher betrachtet werden. Die natürliche Bevölkerungsentwicklung ist, abgesehen von einer Gemeinde mit überwiegend katholischer Bevölkerung, im Durchschnitt der Jahre negativ, d. h., es sind mehr Todesfälle als Geburten zu verzeichnen (vgl. Karte 1).

Bei den Wanderungen sind von 1990 bis 2000 unterschiedliche Prozesse voneinander zu unterscheiden: zum einen umfangreiche Abwanderungen in die westdeutschen Länder zu Beginn der 1990er Jahre und wieder ab 1998; zum anderen Zuwanderungen aus dem Ausland (Ausiedler, Asylbewerber) Mitte der 1990er Jahre.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen die kleinräumigen Wanderungen. Zunächst ist hier die Suburbanisierung im Raum Dresden anzusprechen. Davon profitieren der südliche Teil des Landkreises

³ Auch in der Zeit zwischen 1950 und 1989 gab es innerhalb dieses Raumes keine einheitlichen Tendenzen: Während im Raum Görlitz/Zittau in diesen Jahren ein Bevölkerungsrückgang um ca. 1/4 zu verzeichnen war, hatte die Niederlausitz aufgrund des Wachstums der Braunkohlen- und Energiewirtschaft starke Bevölkerungsgewinne (vgl. KOWALKE 1998).



Karte 3: Einpender in die Städte Bautzen, Hoyerswerda, Kamenz, Zittau und Görlitz 1999
Quelle: Bundesanstalt für Arbeit Nürnberg

Kamenz und inzwischen auch die westlichen Gemeinden des Landkreises Bautzen – quantitativ, aber auch qualitativ, da es sich dabei i. d. R. um junge, eher überdurchschnittlich verdienende Haushalte handelt. Allerdings ist auch eine zweite Form der Suburbanisierung der Bevölkerung zu beobachten: Die Abwanderung aus den mittelgroßen Zentren der Region

(z. B. Görlitz, Bautzen, Hoyerswerda, Zittau usw.; vgl. Karte 2).

Diese beiden Formen der Suburbanisierung erklären denn auch die paradoxe Situation, dass trotz Bevölkerungsrückgangs der Gesamtregion viele Gemeinden Einwohner gewinnen: Eine große Anzahl kleinerer Gemeinden im Umland der mittleren und großen Städte

profitiert von der Abwanderung aus diesen!

Aus raumordnerischer Sicht sind diese Vorgänge nicht besonders erfreulich: Das zeigt v. a. eine Betrachtung der Einwohnerentwicklung nach den zentralörtlichen Kategorien. Die Einwohnerentwicklung von 1990 bis 1999 ist um so günstiger, je niedriger die zentralörtliche

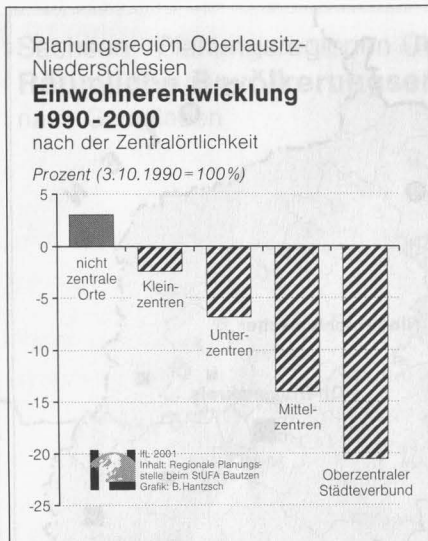


Abb. 1: Einwohnerentwicklung nach Zentralörtlichkeit 1990-2000
Quelle: RPS Bautzen

Kategorie der Gemeinde ist (vgl. Abb. 1). Die Suburbanisierung führt dabei nicht nur zu erhöhtem Verkehrsaufkommen und Flächenverbrauch im Umland, vielmehr schwächt sie auch die Leistungsfähigkeit der Zentren.

Seit Mitte 2000 geht die Stadt-Umland-Wanderung mit den negativen Folgen für die mittelgroßen Städte in der Region wieder zurück. Einzelne Städte (z. B. Bautzen) erzielen seit 2000 intra-regionale Wanderungsgewinne. Letztere können zwar die Bevölkerungsverluste durch den Wegzug aus Sachsen per Saldo nicht ausgleichen, weisen jedoch auf die gestiegene Attraktivität einer Stadt wie Bautzen hin.

Pendlerverflechtungen und Arbeitsplatzzentralität

Die gerade geschilderte Suburbanisierung ist ein wichtiger Faktor zur Erklärung der Pendlerverflechtungen. Aus gesamtregionaler Betrachtungsweise ist zunächst hervorzuheben, dass die Region insgesamt eine negative Pendlerbilanz hat (1999: ca. - 41 000). Dafür sind vor allem zwei Auspendlerbewegungen verantwortlich: zum einen nach Dresden (1999: ca. 16 000; Tendenz zunehmend!) und zum anderen in die Wirtschaftsschwerpunkte des südlichen Brandenburg (Cottbus, Senftenberg usw., 1999: ca. 6 000; Tendenz abnehmend!).

Innerhalb der Region sind Bautzen, Görlitz, Hoyerswerda, Zittau und Kamenz die wichtigsten Ziele der Pendlerbewegungen (also spiegelbildlich zum Suburbanisierungsprozess; vgl. Karte 3). Ca. 40 % der Arbeitsplätze der Region

Stadt	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort je 1000 Ew. 30.06.1999
Bautzen	522
Chemnitz	456
Dresden	454
Meißen	446
Leipzig	421
Plauen	401

Tab. 1: Arbeitsplatzbedeutung ausgewählter sächsischer Städte
Quelle: BfA Nürnberg 2000, Berechnungen der RPS Bautzen

konzentrieren sich in diesen fünf Städten. Hervorzuheben ist dabei v. a. die Stellung von Bautzen, das eine für eine Stadt dieser Größenordnung ganz außergewöhnliche Einpendlerzahl aufweist. Dies ist eine Folge der ungewöhnlich

hohen Arbeitsplatzdichte. Bautzen kann eindeutig als das Arbeitsmarktzentrum der Planungsregion bezeichnet werden (vgl. Tab. 1).

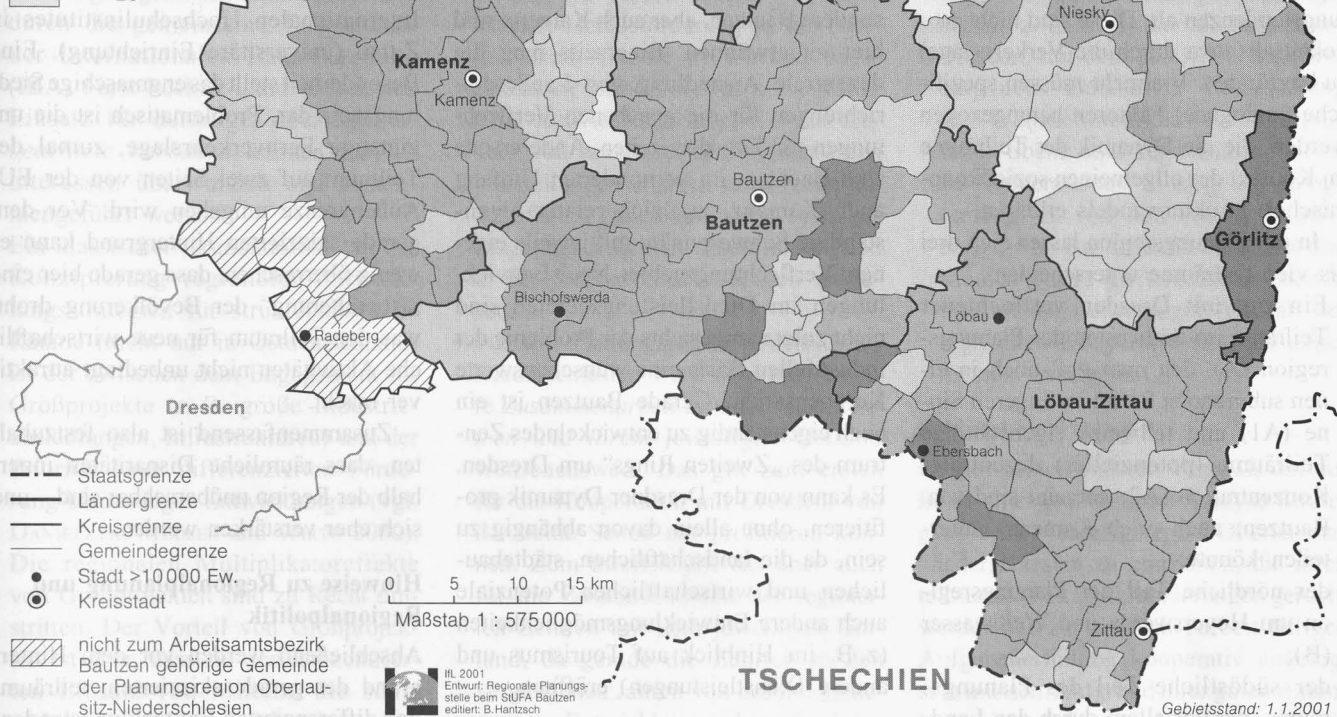
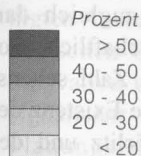
Wirtschaftsstruktur

Es ist allgemein bekannt, dass die Wirtschaftsstruktur der Planungsregion viele Merkmale eines „strukturschwachen Problemraums“ aufweist. Dabei ist zunächst darauf hinzuweisen, dass nicht erst die Transformation nach 1989 Probleme verursacht hat. So gab es in dieser Region keine „Bezirksstadt“ und damit auch nicht die mit diesem Status verbundenen Fördermaßnahmen. Im industriellen Bereich gab es kaum Kombinatverwaltungen, produktionsbezogene Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen u. ä. (vgl. dazu ausführlich KOWALKE 1998, S. 426).



Arbeitsamtsbezirk Bautzen
Anteil der Langzeitarbeitslosen 2000
nach Gemeinden

Anteil der Langzeit-
arbeitslosen an den
Arbeitslosen insgesamt



Karte 5: Anteil Langzeitarbeitsloser in % im Jahr 2000
Quelle: Arbeitsamt Bautzen

In früher dominanten Branchen (Textilindustrie, Braunkohlenförderung und -verarbeitung) kam es nach 1990 zu einem drastischen Abbau von Arbeitsplätzen. Dennoch liegt der Anteil des produzierenden Gewerbes an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten immer noch über dem Durchschnittswert für den Freistaat Sachsen (1999: Region 18,2 %, Sachsen 18,0 %).

Der Beschäftigtenanteil des Dienstleistungsbereichs wird insbesondere durch den staatlichen Sektor gestützt, der hier nicht zuletzt durch die dezentrale Ansiedlung bedeutsamer Landeseinrichtungen eine wichtige Funktion übernommen hat. Demgegenüber ist der Anteil der privaten Dienstleistungen trotz beachtlichen Wachstums immer noch zu niedrig. Auch der niedrige Anteil von

Selbständigen in der Region (vgl. Karte 4) ist ein Indiz dafür.

Weitere Indikatoren der Struktur- schwäche sind eine geringe F&E-Intensität der Unternehmen, eine externe Steuerung vieler größerer strukturbestimmender Betriebe (Schienenfahrzeugbau, Maschinenbau, Baustoffindustrie u. a.), die niedrigen Exportquoten sowie die relativ geringe Anzahl von Neuansiedlungen des produzierenden Gewerbes. Damit korrespondiert ein geringerer Anteil an den in Sachsen eingesetzten Mitteln zur regionalen Wirtschaftsförderung, obgleich der größte Teil des Planungsraums zur höchsten Förderkategorie gehört.

Arbeitsmarkt

Die Arbeitslosenquote ist der Indikator, der in Politik und Öffentlichkeit die größte

Aufmerksamkeit findet. In kartographischen Darstellungen zur Verteilung der Arbeitslosigkeit im Freistaat Sachsen stehen der Nordteil der Planungsregion, aber auch Teile des Südostens besonders negativ hervor.

Die Arbeitsmarktsituation im Umland von Dresden sieht vergleichsweise günstiger aus, da von hier aus in Dresden gelegene Arbeitsstätten gut erreichbar sind, zugleich es aber in den letzten Jahren eine nennenswerte Suburbanisierung von Arbeitsstätten des Gewerbes und der Dienstleistungen gegeben hat.

Zu erwähnen ist, dass Arbeitsmarktprobleme auch dadurch entstehen, dass vorhandene Qualifikationen nicht zu den Anforderungen der Wirtschaft passen (vgl. Karte 5 zu den Langzeitarbeitslosen).

Teilräumliche Differenzierungen

Bei oberflächlicher Betrachtung könnte man zu dem Eindruck kommen, dass die Planungsregion ein Zentrum-Peripherie-Gefälle aufweist: Demnach würde die Entwicklungsdynamik vom Raum Dresden aus zu den nordöstlichen und südöstlichen Teilen der Planungsregion hin abnehmen. Man könnte versucht sein, die Entfernung vom „Wachstumspol Dresden“ als entscheidenden Standortfaktor anzusehen. Dieses ist aber keine angemessene Analyse, denn es zeichnen sich teilräumlich unterschiedliche Entwicklungstendenzen ab. Diese sind nicht monokausal (etwa durch die Verkehrslage) zu begründen. Vielmehr müssen spezifische (endogene) Faktoren herangezogen werden, die die Dynamik der Teilräume im Kontext des allgemeinen sozioökonomischen Strukturwandels erklären.

In der Planungsregion lassen sich drei bis vier Teilräume unterscheiden:

- Ein eng mit Dresden verflochtener Teilraum im Südwesten der Planungsregion (A), den man ggf. noch in einen suburbanen Raum im engeren Sinne (A1) und teilweise eigenständige Teilräume (potenzieller) dezentraler Konzentration (A2; gemeint sind v. a. Bautzen, auch noch Kamenz) unterteilen könnte;
- der nördliche Teil der Planungsregion um Hoyerswerda und Weißwasser (B);
- der südöstliche Teil des Planungsraums, der vor allem durch den Landkreis Löbau-Zittau und benachbarte Städte sowie Teile der angrenzenden Landkreise gebildet wird (C).

Die Entwicklungstendenzen in diesen Teilräumen lassen sich folgendermaßen charakterisieren:

A) Dresdner Verflechtungsbereich

Die Regionalanalyse hat gezeigt, dass infolge der Suburbanisierung im Umland von Dresden eine positive Entwicklung stattfindet. Im südlichen Teil des Landkreises Kamenz und in den westlichen Gemeinden des Landkreises Bautzen gibt es enge Verflechtungen mit der Metropole, die sich in Wanderungsbewegungen, Pendlerbeziehungen, aber auch in der Auslagerung von Arbeitsstätten aus Dresden zeigen. Alles deutet darauf hin, dass sich dieses mit der weiteren Entwicklung von Dresden fortsetzen wird. Hierbei handelt es sich um einen suburbanen Raum im engeren Sinne (A1), dessen Entwicklungschancen eng mit der Dyna-

mik von Dresden verbunden sind. Die Nähe zu Dresden bedeutet auch Nähe zu wichtigen Standortfaktoren, wodurch die Entwicklung von Arbeitsstätten ermöglicht wird, die in einer funktionalen Verknüpfung mit Dresden (z. B. mit dem Flughafen, mit dortigen Großbetrieben, Forschungseinrichtungen) stehen. In diesem Teilraum ist in absehbarer Zukunft zweifellos die größte positive Dynamik zu erwarten.

In größerer Entfernung zu Dresden finden sich Standorte (potenzieller) dezentraler Konzentration (A2): Insbesondere Bautzen, aber auch Kamenz sind hier zu erwähnen. Einerseits mag die dezentrale Ansiedlung von Landeseinrichtungen für die gegebenen Verflechtungen mit Dresden stehen. Andererseits sind Bautzen, im verminderten Umfang auch Kamenz, zugleich relativ eigenständige Schwerpunkte mit jeweils eigenem Verflechtungsgebiet. Neue Entwicklungen im Dienstleistungsbereich sind nicht zuletzt angesichts der Probleme der industriellen Basis eine wünschenswerte Kompensation. Gerade Bautzen ist ein auch eigenständig zu entwickelndes Zentrum des „Zweiten Rings“ um Dresden. Es kann von der Dresdner Dynamik profitieren, ohne allein davon abhängig zu sein, da die landschaftlichen, städtebaulichen und wirtschaftlichen Potenziale auch andere Entwicklungsmöglichkeiten (z. B. im Hinblick auf Tourismus und andere Dienstleistungen) eröffnen.

B) Nördlicher Teilraum um Hoyerswerda und Weißwasser

Der nördliche Teilraum wird durch überwiegend problematische Entwicklungstendenzen, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, gekennzeichnet. Die bergbau-orientierten Monostrukturen sind zwar schon vor sehr langer Zeit angelegt, durch den Ausbau als Teil des „Energiezentrums“ der DDR aber erheblich verstärkt worden. Die noch vorhandenen Aktivitäten der Braunkohlegewinnung und -verarbeitung sichern eine gewisse wirtschaftliche Basis, sind aber keinesfalls zukunfts-trächtige Wirtschaftszweige. Andere Aktivitäten, wie z. B. Sanierung der alten Tagebaue bzw. deren Fortentwicklung zu „Freizeitlandschaften“, sind vom Einsatz öffentlicher Mittel im großen Umfang abhängig. Die Entwicklung der Indikatoren zeigt an, dass hier v. a. die teilräumlich wichtigen Zentren wie Hoyerswerda und Weißwasser besonders gefährdet sind. Der Teilraum, insbesondere

seine östlichen Teile, hat darüber hinaus eine sehr ungünstige Fernverkehrslage.

C) Südöstliche Oberlausitz

Die südöstliche Teilregion um die Zentren Zittau, Löbau und Görlitz weist ebenfalls recht problematische Entwicklungstendenzen auf. Die Jahrhunderte alte industriell-gewerbliche Tradition stellt dabei Last wie Chance zugleich dar. Hervorzuheben sind landschaftliche Potenziale und eine größere Zahl sehenswerter Ortsbilder sowie die Existenz der Fachhochschule Zittau/Görlitz und des Internationalen Hochschulinstitutes in Zittau (universitäre Einrichtung). Eine Besonderheit stellt das engmaschige Siedlungsnetz dar. Problematisch ist die ungünstige Fernverkehrslage, zumal der Teilraum auf zwei Seiten von der EU-Außengrenze umgeben wird. Vor dem gerade skizzierten Hintergrund kann es wenig überraschen, dass gerade hier eine „Überalterung“ der Bevölkerung droht, was den Teilraum für neue wirtschaftliche Aktivitäten nicht unbedingt attraktiv macht.

Zusammenfassend ist also festzuhalten, dass räumliche Disparitäten innerhalb der Region unübersehbar sind – und sich eher verstärken werden.

Hinweise zu Regionalplanung und Regionalpolitik

Abschließend werden vor dem Hintergrund der gerade skizzierten, teilräumlich differenzierten Entwicklungstendenzen einige Überlegungen zu künftigen regionalen Entwicklungsstrategien, die Anhaltspunkte für die intraregionale Diskussion von Entwicklungsperspektiven geben sollen, vorgetragen:

- Die Akzeptanz der unterschiedlichen Entwicklungstendenzen in der Planungsregion, d. h. ihrer Heterogenität, muss am Anfang aller strategischen Überlegungen stehen – auch um unterschiedliche politische Interessen und Erwartungen zu verstehen. Ein Beispiel: Während man im dynamischen engeren Verflechtungsbereich von Dresden manchmal über die angeblich zu restriktive Raumordnung unzufrieden sein mag, wird man in den nordöstlichen und südöstlichen Teilräumen nach wie vor eher auf aktives staatliches Handeln setzen (müssen), z. B. die Förderung der Infrastruktur und die Handlungsfähigkeit der Raumordnung bei der Sicherung der Leistungsfähigkeit der Zentralen Orte.

- Gerade diese unterschiedlichen Verhältnisse können auch erklären, dass der Region bislang ein gemeinsames Leitbild oder Leitprojekt fehlt. Damit können ganz unterschiedliche Formen gemeint sein, was an Beispielen verdeutlicht werden kann: Ein eher klassischer Ansatz ist der gemeinsame Einsatz der Anlieger für den beschleunigten Ausbau der A20 an der nordost-deutschen Ostseeküste; eine stärker innovative und kreative Orientierung signalisiert die nördlich benachbarte Planungsregion Lausitz-Spreewald durch die gemeinsame Trägerschaft der Internationalen Bauausstellung (IBA) Fürst-Pückler-Land. Durch den Einsatz für derartige, *überregional beachtete Vorhaben* können Partialinteressen überwunden und zusammengeführt werden.
- Ein klassischer Grundkonflikt bei der Konzipierung regionaler Entwicklungsstrategien für strukturschwache Räume (nicht nur in Ostdeutschland) ist der zwischen dem Engagement für Großprojekte (z. B. große Industrieansiedlungen, Infrastrukturen) und der Priorität einer differenzierten Förderung kleinteiliger Entwicklungen (vgl. DANIELZYK, MÜLLER und WIRTH 2000). Die regionalen Multiplikatoreffekte von Großprojekten sind zu Recht umstritten. Der Vorteil von Großprojekten ist aber, dass sie den konzentrierten Einsatz von Mitteln, die sonst nicht oder nicht sofort bereitstünden, ermöglichen. Darüber hinaus sichern sie Aufmerksamkeit in Politik und Medien auf überregionaler Ebene. Zudem gelten sie als Ausdruck von Dynamik. Die Zahl von derartigen Großvorhaben ist aber bekanntlich begrenzt. Deshalb sind kleinteilige, endogen orientierte Strategien oft die einzige Chance für viele Regionen. Zudem sind diese „fehlerfreundlicher“, d. h. das Risiko des Scheiterns ist geringer. Allerdings erfordern endogene Strategien *differenzierte Instrumente* und Organisationsformen (Regionalkonferenzen, Regionale Entwicklungsagenturen usw.), die nicht ohne Mühen aufzubauen und in Gang zu halten sind.
- Angesichts der großen, fast übermächtig wirkenden strukturellen Probleme wachsen die Ungeduld in der Bevölkerung und der Handlungsdruck für die Politik. Allerdings gibt es bislang auch keine unmittelbar überzeugenden

den Konzepte für Planungs- und Strukturpolitik unter den Bedingungen einer „Schrumpfung“. Zudem ist es eine gesicherte Erkenntnis der Regionalforschung, dass zwar gewisse Rahmenbedingungen für eine positive regionale Dynamik organisiert, Erfolge aber nicht erzwungen werden können. In derartigen Situationen kommt es auf eine *gute Kommunikation und einen Konsens innerhalb der Region* über die künftigen Orientierungen an, um nicht Partialinteressen zu stark werden zu lassen. Eine besondere mentale Herausforderung an die maßgeblichen Akteure in *Schrumpfungsprozessen* besteht darin, u. U. völlig neue Entwicklungsziele, die die Abkehr von bekannten und gewünschten Vorstellungen und Ansprüchen an die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen bedeuten, zu definieren und in entsprechende Handlungen umzusetzen.

- Für die Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien wäre v. a. eine *enge Zusammenarbeit zwischen den Zentren und ihrem jeweiligen Umland* wünschenswert: Das gilt zum ersten für die Kooperation mit Dresden, von der beide Seiten nur profitieren können. Zum zweiten gilt das aber auch für die Zusammenarbeit der regionalen Zentren mit dem jeweiligen Umland, da gerade die Zentren in den vergangenen Jahren von besonders negativen Entwicklungen betroffen waren, ihre Leistungsfähigkeit als Knotenpunkte wirtschaftlicher Entwicklungen aber unbedingt gesichert werden muss. Zum dritten ist auch eine Verbesserung der Kooperation im engmaschigen Siedlungsnetz der südlichen Oberlausitz wünschenswert. Ganz wichtig ist, dass sich derartige Kooperationen nicht auf die Zusammenarbeit der Verwaltungen beschränken, sondern dass in sie ebenso andere, strukturpolitisch relevante Fachbehörden, private Organisationen und Unternehmen eingebunden werden.
- Bei den allgemeinen Überlegungen muss auch die *europäische Dimension* einbezogen werden: Aus europäischer Sicht ist die Region von ihrer Größe her „schwer wahrnehmbar“. Zudem ist es nicht ausreichend, sie auf Karten (künftig) in „europazentraler Lage“ darzustellen. Das ist zudem ambivalent: Gerade ausgebauter Fernverkehrswege können auch nur

für den Transitverkehr genutzt werden und bedeuten nicht schon allein eine Verbesserung der regionalen Dynamik.

- Zuletzt sei noch einmal die künftig weiter wachsende Bedeutung der *regionalen Kooperation* hervorgehoben. Allerdings gibt es angesichts der Vielfalt der Aufgabenstellungen nicht nur einen, „idealen“ regionalen Kooperationsraum. So wird es unterschiedliche regionale Kooperationsformen und *strategische Allianzen* geben müssen: zum Teil innerhalb der Planungsregion, z. T. auch über sie hinaus mit Dresden, mit dem südlichen Brandenburg usw.. Gerade zur Verbesserung der Wahrnehmbarkeit auf europäischer Ebene sind regionsübergreifende Kooperationen wichtig. Allerdings verlangt es von den Akteuren, aber ebenso von der Öffentlichkeit und den Medien einige Differenzierungskraft, um mit der notwendigen Vielfalt der regionalen Kooperationsformen angemessen umzugehen.

Schlussbemerkungen

Es gibt keinen anderen Weg, als auf der Basis einer realistischen Analyse Strategien für die Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien zu erarbeiten, die ihren teils räumlichen Differenzierungen gerecht werden und zur möglichst arbeitsteiligen Aufgabenerfüllung kooperativ angelegt sein müssen. Aufgrund ihrer guten Raumkenntnis und der grundsätzlich integrativen Sichtweise ist die Regionalplanung als Initiator und Moderator entsprechender Diskussionen und Strategien besonders gut geeignet.

Literatur

- BRENKE, K. (2001): Rahmenbedingungen und Standortanforderungen der Wirtschaftsentwicklung aus ökonomischer Sicht. In: Regionalentwicklung und mittelfristige Finanzplanung. Bildungswerk für Kommunalpolitik Sachsen, Dokumentation 21. Hoyerswerda, S. 53-61.
- BUCHHOLT, S. (1998): Gesellschaftliche Transformation, kulturelle Identität und soziale Beziehungen. Soziale Netzwerke in der Oberlausitz zwischen Modernisierung und Kontinuität. Bielefelder Geographische Arbeiten 1. Münster.
- DANIELZYK, R. (1999): Regionale Kooperationsformen. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9/10, S. 577-586.
- DANIELZYK, R., B. MÜLLER u. P. WIRTH (2000): Regionale Entwicklungsansätze in Ostdeutschland. Eine Zwischenbilanz. In: DANIELZYK, R., B. MÜLLER, A. PRIEBS u.

- P. WIRTH (Hrsg.): Sanierung und Entwicklung in Ostdeutschland – regionale Strategien auf dem Prüfstand. IÖR-Schriften 32. Dresden, S. 165-190.
- GRIMM, F.-D. (1998): Diskrepanzen und Verbundenheiten zwischen den deutschen, polnischen und tschechischen Grenzregionen an der Lausitzer Neiße („Euroregion Neiße“). In: Europa Regional, 4, H. 1, S. 1-14.
- GRIMM, F.-D. u. O. WEIGEL (1995): Siedlungsstruktur und Zentralsystem westlich von Oder und Neiße. In: GRIMM, F.-D. (Hrsg.): Regionen an deutschen Grenzen. Beiträge zur Regionalen Geographie 38. Leipzig, S. 73-91.
- GROSSER, K. u. A. DROHT (1996): Eine Kartenserie zur Euro-Region Neisse. In: Europa Regional, 4, H. 1, S. 15-23.
- KOWALKE, H. (1998): Dresden und Lausitz. In: KULKE, E. (Hrsg.): Wirtschaftsgeographie Deutschlands. Gotha, Stuttgart, S. 407-434.
- PLISCHKE, G. u. O. WEIGEL (1994): Zentralörtliche Siedlungshierarchie in Ostsachsen. Ihre Bestimmung durch interaktive Verflechtungsmessung. In: Europa Regional, 2, H. 4, S. 31-41.
- PRIEB, A. (1999): Neue Kooperationsstrategien zur Aufgabenerfüllung der Landes- und Regionalplanung. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Grundriss der Landes- und Regionalplanung. Hannover, S. 303-313.
- Regionaler Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien (1999): Regionalbericht für die Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien. Schriftenreihe zur Regionalplanung I/1999. Bautzen.
- Regionaler Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien (2001a): Stärken-Schwächen-Profil für die Oberlausitz. Bautzen.
- Regionaler Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien (2001b): Städteranking. Bautzen.
- SCHMIDT, W. (1995): Das Zittauer Gebirge/Oberlausitz. Von den Anfängen des Fremden- und Besuchsverkehrs bis heute. In: Europa Regional, 3, H. 3, S. 32-41.
- WIRTH, P. u. D. BORCHHARDT (1999): Regionalentwicklung vor dem Hintergrund der Risiken des Strukturwandels: Die Oberlausitz – ein ländlich strukturierter Raum mit dichtem Städtetz. In: Institut für Ökologische Raumentwicklung (Hrsg.): Chancen und Risiken unserer Lebens- und Wirtschaftsräume. Ansätze umweltgerechter Regionalentwicklung auf dem Weg zur Nachhaltigkeit. Berlin, S. 37-64.

PD Dr. RAINER DANIELZYK
Technische Universität Dresden
Institut für Geographie
Lehrstuhl Raumordnung
01062 Dresden

Dipl.-Geogr. HEIKE ZETZTITZ
Regionale Planungsstelle Bautzen
für die Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien
Käthe-Kollwitz-Str. 17
02625 Bautzen